

Peter Hilpold  
Walter Steinmair  
Andreas Raffeiner  
(Hg.)

# Österreich und die EU im Umbruch

— eine Nachlese zur Festschrift  
für Heinrich Neisser

Peter Hilpold, Walter Steinmair,  
Andreas Raffeiner (Hg.)

# **Österreich und die EU im Umbruch**

– eine Nachlese zur Festschrift für Heinrich Neisser

Wien 2022

**facultas**

Gedruckt mit Unterstützung von



Deutsche Kultur



### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Angaben in diesem Fachbuch erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr, eine Haftung der Autoren oder des Verlages ist ausgeschlossen.

Copyright © 2022 Facultas Verlags- und Buchhandels AG  
facultas, Stolberggasse 26, 1050 Wien, Österreich

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und der Verbreitung sowie der Übersetzung, sind vorbehalten.

Satz: Wandl Multimedia-Agentur

Druck: Facultas AG

Printed in the EU

ISBN 978-3-7089-2208-9

e-ISBN 978-3-99111-586-1

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	9
------------------	---

*Neisser, Heinrich*

Dankesworte .....	11
-------------------	----

## I. Die Europäische Union und Österreich

*Breuss, Fritz*

Der Europäische Aufbauplan – die österreichische Sichtweise .....	15
---	----

*Dornauer, Georg*

Europa passiert in der Gemeinde .....	37
---------------------------------------	----

*Fischer, Klemens H.*

Lost in Implementation Continued – Wenn der Ruf als Hüter der Rechtsstaatlichkeit ins Wanken gerät .....	42
---	----

*Giegerich, Thomas*

Das PSPP-Urteil des BVerfG und seine diversen Nachspiele .....	49
--	----

*Hilpold, Peter*

„Jeder Mensch“ von Ferdinand von Schirach – ein Reformvorschlag zum europäischen Grundrechtsschutz aus österreichischer Perspektive .....	61
--	----

*Karas, Othmar*

Ein herausfordernder Moment, der Handlungen fordert: Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und Solidarität in der Europäischen Union .....	67
--	----

*Kindermann, Paul/Meyer, Sarah*

Zu Gegenwart und Zukunft der EU: Perspektiven regionaler Parlamentsabgeordneter .....	74
--	----

*Luij, Paul*

The European Union, a “Neutral” Power? .....	81
--	----

*Mahrer, Harald*

Über Freiheit und Europa .....	102
--------------------------------	-----

*Müller, Josef*

Die Grundlagen der transatlantischen Beziehungen zwischen den USA und Europa .....	108
---	-----

*Müller-Graff, Peter-Christian*

Die europäische Wirtschaftsordnung nach der Pandemie – Ein neuer Aufbruch? .....	114
---	-----

<i>Nowotny, Ewald</i>	
Wirtschaftsaspekte unionaler Solidarität – Rückblick nach einem Jahr .....	120
<i>Pelinka, Anton</i>	
Mehr Europa – wenn es nur will .....	123
<i>Perlot, Flooh</i>	
Einstellungen zur EU in Österreich – während Corona .....	128
<i>Zotti, Stefan</i>	
“A leap forward together”. Das EU-Budget in der öffentlichen Meinung .....	134

## **II. Italien und die Europäische Union**

<i>Haider-Quercia, Ulrike</i>	
Zwischen Starrheit und Varietät: Die aktuellen Tendenzen der Mikro-Reformen der italienischen Verfassung .....	143
<i>Steinmair, Walter</i>	
Italien im Wiederaufbau – Hoffnungen, Chancen, Gefahren .....	150

## **III. Minderheitenschutz, Verfassungsrecht, Internationales Recht**

<i>Kalb, Nadia/Tichy, Helmut</i>	
Der Minderheitenschutz in Österreich aus der Sicht des Menschen- rechtsrats der Vereinten Nationen .....	161
<i>Perathoner, Christoph</i>	
Zum Begriff und zur Funktion des „Minderheitenstrafrechts“ .....	170
<i>Rautz, Günther</i>	
Die Rolle von OSZE, Europarat und EU im Minderheitenschutz .....	178

## **IV. Umweltschutz**

<i>Hafner, Gerhard</i>	
Protection of the environment: an <i>erga omnes</i> obligation? .....	195
<i>Kotrschal, Kurt M.</i>	
Zivilgesellschaft, liberale Demokratie und der Schutz der Umwelt .....	202

## V. Demokratie

<i>Brauneder, Wilhelm</i>	
Der unregelte Parteienstaat .....	211
<i>Ettmayer, Wendelin</i>	
Die USA – Das Ende der Geschichte und die Rolle Europas .....	215
<i>Kabbe, Georg</i>	
30 Jahre Marktwirtschaft im ex-sozialistischen Osteuropa .....	222
<i>Pöchacker, Tristan/Sobotka, Wolfgang</i>	
Das demokratische Parlament und die Krise .....	231
<i>Rausch, Bettina</i>	
Parlamentarismus leben .....	242
<i>Serloth, Barbara</i>	
Repräsentation als Fiktion im Parlamentarismus – einige Überlegungen auf der Grundlage von Hans Kelsens Ausführungen .....	248
<i>Skuhra, Anselm</i>	
Ernst Fraenkel – Demokratietheorie und Honorarprofessur in Salzburg 1969/70 .....	252
<i>Ucakar, Karl</i>	
Ein Demokrat in der ÖVP .....	262
<i>Weninger, Thomas</i>	
Demokratie findet Stadt .....	264
<i>Wohnout, Helmut</i>	
Aufbruch zu neuen Ufern. Die Wahlen 1945 und die Bildung der ersten Bundesregierung der Zweiten Republik .....	271
<i>Zögernitz, Werner</i>	
Dr. Heinrich Neisser als Parlamentarier .....	275

## VI. Varia

<i>Benedikter, Roland</i>	
Eine der großen Zukunftsfragen Europas: <i>Die Zukunft von KMUs und Handwerk</i> Sechs Strategie-Pfeiler für die kommenden Jahre .....	285

<i>Dialer, Doris/Eppler, Annegret</i> Die Internationale Zusammenarbeit der Europäischen Union: Neuaufgabe des Cotonou-Abkommens in Zeitlupe .....	291
<i>Gornig, Gilbert H.</i> Staatlicher Kunstraub in Friedenszeiten .....	301
<i>Hanappi-Egger, Edeltraud</i> Die Universität der Zukunft: national und online? .....	307
<i>Höll, Otmar</i> Globalisierung und Interdependenz: die zwei Seiten einer Entwicklung .....	313
<i>Knop, Katharina von</i> Sicherheitspolitisches Entscheidungsverhalten: Mit strukturierten Methoden Heuristiken und „Noise“ erkennen und bessere Entscheidungen treffen! .....	321
<i>Lehar, Philipp</i> Seligsprechung von Pater Jakob Gapp und Pfarrer Otto Neururer als Chance für Erinnerungskultur und politische Bildung .....	328
<i>Mitov, Georgi</i> Aspekte der “Restorative Justice” in Europa .....	333
<i>Mittermaier, Karl</i> Die Herausforderungen der Gegenwart: 11 Veränderungen, die das 21. Jahrhundert begleiten .....	340
<i>Webhofer, Johannes</i> „Unsinn“ – eine Krise der politischen Öffentlichkeit? .....	348

## **VII. Schluss: Interview mit Prof. Heinrich Neisser**

<i>Raffeiner, Andreas</i> Nochmals nachgefragt: Interview mit Heinrich Neisser über die EU, Europa und Österreich .....	357
Verzeichnis der Mitwirkenden .....	363

# Die USA – Das Ende der Geschichte und die Rolle Europas

Wendelin Ettmayer

## Kurzzusammenfassung

Als Francis Fukuyama 1989 seine These vom „Ende der Geschichte“ veröffentlichte, glaubten viele, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus würden sich Demokratie und Marktwirtschaft endgültig und überall durchsetzen. Das stellte sich als Irrglaube heraus. Aber praktisch agieren die USA so, als wäre es zum „Ende der Geschichte“ gekommen. Ihre Politik ist darauf ausgerichtet, „die Gesetze der Geschichte“ durchzusetzen. Ganz im Gegensatz dazu hat Samuel P. Huntington in seinem, ebenfalls kurz nach dem Ende des Kalten Krieges veröffentlichten Buch die Zukunft der Welt ganz anders gesehen. Andere Zivilisationen haben andere Werte und müssen das Recht haben, entsprechend zu handeln. Die Mitglieder der Europäischen Union wiederum werden von den zuständigen Gremien angehalten, ihre Politik nach den demokratischen Grundwerten, zu denen sie sich verpflichtet haben, zu gestalten. In der Außenpolitik können sie daher ihre eigenen Interessen verfolgen, die sich nicht immer mit jenen der USA decken müsse.

## 1 Kommt es zum „Ende der Geschichte“ ...?

Als Francis Fukuyama 1989 seinen Artikel „The End of History“<sup>1</sup> veröffentlichte, war der Gedanke, die Geschichte wäre an ihrem Ende angelangt, nicht neu. Schon in den 1930er-Jahren publizierte Alexandre Kojeve ähnliche Thesen, wobei er sich wiederum von der Geschichtsphilosophie Hegels inspirieren ließ. Das fulminante Echo, das Fukuyama fand, war darauf zurückzuführen, dass die mächtige Sowjetunion gerade dabei war zu implodieren und viele glaubten, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus würden sich Demokratie und Marktwirtschaft endgültig und überall durchsetzen.

Das stellte sich als Irrglaube heraus. Zum „Ende der Geschichte“ ist es nicht gekommen. China nutzte die Globalisierung der Weltwirtschaft zu einem ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung und damit auch zu einer neuen Machtposition. Russland hat sich vom drohenden Zerfall in den 1990er-Jahren erholt. Und mit dem islamischen Terror ist weltweit eine neue Gefahr entstanden.

Entscheidend ist nun folgendes: Praktisch agieren die USA so, als wäre es zum „Ende der Geschichte“ gekommen, als hätte sich die Geschichte erfüllt. Dort, wo das Endziel noch nicht erreicht wurde, ist die amerikanische Politik dennoch darauf ausgerichtet, „die Gesetze der Geschichte“ durchzusetzen. Die ganze Welt

---

1 Francis Fukuyama: The End of History, in: *The National Interest*, 16, Summer (1989), S. 3–18.



soll die Spielregeln des Kapitalismus und die Grundzüge des politischen Systems Amerikas übernehmen. Am „Ende der Geschichte“ sollen nicht-westliche Kulturen in die westliche Kultur integriert werden. Andere Kulturen sollten ihre eigenen Grundsätze zugunsten der westlichen Vorstellungen von Freiheit und Menschenrechten aufgeben.

Auch diese Politik ist nicht neu, hat aber dadurch, dass Washington die Demokratien der Welt gegen Russland und China mobilisieren will, einen neuen Auftrieb erhalten. Es geht darum, in einer Welt, die zunehmend multipolar wird, also in der mehrere Machtzentren entstehen, den dominierenden Machtanspruch der USA zu erhalten. Der Lauf der Geschichte soll so angehalten werden, dass die US-Vorherrschaft in der Welt bestehen bleibt. Auch in einer „neuen Weltordnung“ soll die „Pax americana“ das bestimmende Wesenselement sein.

## **2 Schon Metternich und Karl Marx wollten die Geschichte bestimmen**

Nachdem sich mit der Französischen Revolution die Gedanken der Freiheit, der Gleichheit und der Volkssouveränität durchgesetzt hatten, gründete Klemens Wenzel Fürst von Metternich am Wiener Kongress die „Heilige Allianz“, um die Geschichte wenn möglich zurückzudrängen, auf jeden Fall anzuhalten. Henry A. Kissinger bringt dies schon im Titel seiner Habilitations-Schrift „A World Restored – Politics of Conservatism in a Revolutionary Age“ zum Ausdruck.<sup>2</sup> Der dynastische Gedanke, das Gottesgnadentum als Herrschaftsprinzip, sollte wieder hergestellt werden. Gleichzeitig sollte damit die machtpolitische Vorherrschaft des Hauses Österreich in Mitteleuropa sichergestellt werden. Die „Heilige Allianz“ zwischen dem russischen Zaren Alexander I, dem preußischen König Friedrich Wilhelm III. und dem österreichischen Kaiser Franz I. sollte die wiederhergestellte Ordnung gegen die neuen Strömungen von Demokratie und Liberalismus verteidigen.

Die „internationale Gemeinschaft“ von damals wurde dazu eingesetzt, neue Ideen und neue Machtkonstellationen zu unterdrücken. Damit gelang es Metternich, eine europäische Ordnung zu schaffen, die letztlich ein Jahrhundert lang hielt, sein Name ist aber auch mit dem von ihm geschaffenen System der Unterdrückung verbunden. Während es also heute dem Westen darum geht, durch Interventionen weltweit Demokratie und Menschenrechte zu verankern, gingen die Ziele der „Heiligen Allianz“ in die entgegengesetzte Richtung. Nach den Revolutionsjahren 1848/49; nach den Freiheitskriegen und nach den furchtbaren Zerstörungen in den beiden Weltkriegen wurde 1953 durch den Europarat die Europäische Menschen-

---

2 Henry A. Kissinger; A World Restored – The Politics of Conservatism in a Revolutionary Age, New York 1964.

rechtskonvention verabschiedet, die Ideen von Freiheit und Demokratie hatten sich damit in Europa durchgesetzt.<sup>3</sup>

An das „Ende der Geschichte“ durch die Errichtung einer kommunistischen, klassenlosen Gesellschaft glaubten auch Karl Marx und Wladimir I. Lenin. „Die historische Mission der Arbeiterklasse besteht darin, im Klassenkampf die ökonomische und politische Herrschaft der Bourgeoisie zu beseitigen und die sozialistische und kommunistische Gesellschaft zu erreichen“, heißt es im 1986 vom Bibliografischen Institut Leipzig herausgegebenen Universallexikon.<sup>4</sup> Nach der Diktatur des Proletariats sollte die sozialistische Gesellschaft aufgebaut werden. Aber so interessant der historische Materialismus die Geschichte von der Stammesgesellschaft bis hin zur kapitalistischen Gesellschaft analysiert, die „Gesetze der Geschichte“ sind anders verlaufen. Der Kommunismus war nicht in der Lage, die mit ihm verbundenen Prophezeiungen zu verwirklichen. Dabei haben wohl auch die auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 1975 mit Zustimmung der Sowjetunion verabschiedeten Grund- und Freiheitsrechte eine nicht unwesentliche Rolle gespielt.

### 3 Die weltweite Ordnungsmacht und ihre Herausforderer

Die Vereinigten Staaten von Amerika verstehen sich als weltweite Ordnungsmacht. Konkret heißt das, dass sie die Regeln festlegen, wie die internationalen Beziehungen, Wirtschaft und Finanzen gestaltet werden sollen. Vor allem geht es auch darum, wann und wo Vergehen gegen die Menschlichkeit geahndet werden sollen. Die allgemeine Verbreitung „amerikanischer Werte“ soll sicherstellen, dass auch amerikanische Interessen respektiert werden. So wurden Kriege der USA immer wieder im Namen der Humanität geführt, um mehr Freiheit und Demokratie in die Welt zu bringen; vom Krieg gegen Spanien im April 1898 bis zum Einmarsch im Irak 2003.

Diese „Kreuzzüge“ haben immer auch eine starke innenpolitische Komponente. Millionen von Amerikanern stimmten Theodore Roosevelt zu, als er mit seinen Rough Riders loszog, um Kuba von den Spaniern zu befreien. Und als George W. Bush seine Invasion in den Irak startete, erreichte seine Beliebtheit in der Bevölkerung einen Höhepunkt. Entsprechend verlangen auch führende amerikanische Medien immer wieder, dass „Democracy Promotion“ einen integralen Teil der amerikanischen Außenpolitik bildet.<sup>5</sup>

Dabei ist Washington bemüht, den gesamten Westen gegen jene zu mobilisieren, die nicht bereit sind, der amerikanischen Politik bedingungslos zu folgen. Heute sind die Gegner Russland und China. Beide Staaten werden als „revisionistische

---

3 Wendelin Ettmayer: *Alte Staaten – neue Welt; Stabilität und Wandel in den internationalen Beziehungen*, Linz 2008.

4 BI Universallexikon; Leipzig 1986.

5 Promoting Democracy recedes from US-Agenda, in: *New York Times* v. 9.2.2008.

Mächte“ und als Gefahr für das eigene Land eingestuft. Der alte Thukydides wurde ausgegraben, der vor bald 2500 Jahren in seiner „Geschichte des Peloponnesischen Krieges“ die These aufstellte, dass es zum Krieg kommen muss – wie eben zwischen Athen und Sparta – wenn eine etablierte Macht durch eine neue, aufstrebende herausgefordert wird.

Zur Durchsetzung dieser Ziele werden von amerikanischer Seite nicht nur die militärische Stärke des Landes und der Primat des Dollars eingesetzt, in den Propaganda-Kriegen und denen der Geheimdienste werden auch Menschenrechte als Waffe eingesetzt. Auch eine eigene Sprache wurde entwickelt: militärische Interventionen der USA heißen „Stability Mission“ und Militärbasen in Polen „forward operating Locations“.<sup>6</sup>

Die Vorwürfe gegen den russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin können an Schärfe kaum übertroffen werden. Präsident Biden war nicht der erste, der ihn als „Killer“ bezeichnete. Schon Bill O'Reilly hat in einem Interview mit Donald Trump auf Fox News diesen Ausdruck verwendet. Das außenpolitische Establishment in Washington nennt ihn immer wieder einen „Gangster“. Und seit der Angliederung der Krim, die Jahrhunderte lang zu Russland gehört hat, an Russland und dem Vorwurf, Putin habe sich in die Präsidentschaftswahl 2016 eingemischt, ist die Atmosphäre total vergiftet.

Russland wird vorgeworfen, bei Abrüstungsverträgen zu schwindeln; dass es Internationales Recht bricht; die Prinzipien des Rechtsstaates nicht anerkennt; Menschenrechte und Pressefreiheit beschneidet. Nicht zuletzt sorgen Cyber-Attacken und der Vorwurf der Kreml verbreitete „Fake News“ für Aufruhr. In zahlreichen westlichen Medien kommen Kreml-Kritiker zu Wort, die das eigene Land als „Mafia-Staat“ bezeichnen. Dissidenten werden vom Westen unterstützt; die Geheimdienste sind voll im Einsatz.

Bei der Heftigkeit dieser Kritik ist es kein Wunder, dass man in Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit eine Anti-Russland-Hysterie feststellen kann. Die Unzahl von Sanktionen, die gegen Russland verhängt wurden, haben daher auch das Ziel, der gegebenen Stimmung Rechnung zu tragen um Stimmen zu gewinnen. Zulasten besserer Beziehungen setzt man auf Gewinne im Wahlkreis.

Gegen China wird dieselbe Strategie verfolgt wie gegen Russland. Dabei haben die Auseinandersetzungen mit Peking durch die Corona-Pandemie eine neue Dimension erhalten. So sind Artikel erschienen wie „China wants to use the Coronavirus to take over the World“. Die Diskussion um das „China-Virus“ hat schon im letzten Präsidentschaftswahlkampf in den USA eine Rolle gespielt und ist damit ein zentraler Punkt in der Auseinandersetzung zwischen den beiden Ländern geworden. Für Donald Trump standen die wirtschaftlichen Beziehungen mit China im Vordergrund. Das gewaltige Handelsbilanz-Defizit war für ihn Ausdruck dafür, dass Peking mit unfairen Mitteln arbeitet. Massive Wirtschaftssanktionen, vor allem in der Form von Einfuhrzöllen, waren die Antwort.

---

6 US seeks Eastern Europe Bases, in: *New York Times* v. 9.2.2004.

Die USA zeigen immer wieder den Mangel an Freiheitsrechten in China auf, setzen sich für inhaftierte Anwälte und Menschenrechts-Aktivisten ein und verwenden diese Argumente auch als Waffe gegen China. Präsident Biden hat die Argumentation der Trump-Administration übernommen, dass das Vorgehen gegen die Uiguren einen Völkermord bedeutet. Die Freiheit der Schifffahrt im Südchinesischen Meer wurde eine Fahnenfrage.

Vor allem aber wird China vorgeworfen, dass es die Führung in einer „neuen Weltordnung“ anstrebt. Die Ausdehnung des chinesischen Einflusses in Afrika und Lateinamerika; die Milliarden-Investitionen im Rahmen der „neuen Seidenstraße“ werden dafür als Beispiel angeführt.

Der von Washington initiierte Wirtschaftskrieg sollte dem entgegenwirken. Führende chinesische Konzerne wie Huawei werden mit dem Argument, sie wären eine „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ vom amerikanischen Markt ausgeschlossen. Die Finanzchefin von Huawei ließ man in Kanada sogar unter einem fadenscheinigen rechtlichen Vorwand verhaften.

Die paradoxe Situation ist nun die: die Anschuldigungen gegen Moskau und Peking werden nicht erhoben, um den dortigen Regimen zu helfen, sondern um sie zu diskreditieren. Tatsächlich aber könnten beide Regierungen ihre Legitimation bei der eigenen Bevölkerung verbessern, würden oft sinnlose Einschränkungen der persönlichen Freiheit abgebaut und Kontrollen aufgehoben. In einer Zeit, in der auch junge Russen und Chinesen die Möglichkeit haben, weltweit zu reisen und sich über alte und neue Medien zu informieren, ist es sehr fraglich, wie weit Zensur und Strafrecht einen Zeitgeist bestimmen können. Ähnliches gilt für die Kritik im Wirtschaftsbereich: der Abbau staatlicher Subventionen für die verstaatlichte Wirtschaft könnte deren Effizienz durchaus steigern.

Eine andere, grundsätzliche Frage ist, wie weit Werte, die im Westen entwickelt wurden, tatsächlich weltweite Gültigkeit haben müssen. Samuel Huntington hat das in seinem Buch über den „Kampf der Kulturen“ entschieden verneint.

## 4 ... oder zum Kampf der Kulturen?

Ganz im Gegensatz zum „Ende der Geschichte“ hat Samuel P. Huntington in seinem, ebenfalls kurz nach dem Ende des Kalten Krieges veröffentlichten Buch „The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order“ die Zukunft der Welt ganz anders gesehen. Die künftigen internationalen Auseinandersetzungen würden nicht mehr durch Ideologien geprägt sein, sondern durch den Zusammenprall der Kulturen und Zivilisationen. Der Glaube des Westens an die Universalität seiner Kultur und seiner Werte sei grundfalsch, ja sogar unmoralisch und gefährlich. Deswegen, weil europäische Mächte im 19. Jahrhundert weite Teile der Welt beherrschten und die USA die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, kann man nicht verlangen, dass die ganze Welt die westlichen Werte übernimmt.

In einem eigenen Kapitel setzt sich Huntington mit der These vom „Ende der Geschichte“ auseinander und verurteilt diese total. Er bezweifelt, dass sich die USA als größte Weltmacht in der Zukunft auf „Peacemaking“ und „Nationbuilding“ konzentrieren können, weil insbesondere an den „Bruchlinien“ zwischen den Kulturen Kriege ausbrechen werden. Die Angriffe auf das World Trade Center durch islamische Terroristen erachtete Huntington genauso als Bestätigung seiner Thesen wie die Kriege am Balkan oder zwischen Armenien und Aserbaidschan. Alleine für das Jahr 1993 registrierte er 48 ethnische Kriege.

Bei den Kriegen, die in Zukunft zwischen Kulturen und Zivilisationen geführt werden, hat jede Zivilisation eine Führungsmacht, deren Wesen jeweils sehr stark von einer Religion geprägt wurde. Da der Westen in der Vergangenheit die Welt mit Waffen und nicht mit Werten erobert hat, muss er in der künftigen multipolaren und multikulturellen Welt auch andere Werte gelten lassen. Diese Feststellung ist revolutionär und ketzerisch. Ketzerisch vor allem deshalb, weil die vom Westen proklamierten Menschenrechte heute einen quasi religiösen Status einnehmen. Aber wie weit dürfen Russland, die Kernmacht der orthodoxen Zivilisation, oder China, mit seiner eigenen kulturellen Tradition, bestraft werden, wenn sie der Theorie vom „Ende der Geschichte“ nicht folgen und die Vorherrschaft der USA nicht bedingungslos akzeptieren.

Tatsächlich ist die politische Geschichte Russlands 1000 Jahre lang anders verlaufen als jene Westeuropas. Im Mittelalter, als im Westen bereits wesentliche Rechtsinstitutionen herausgebildet wurden, lebten die Russen unter dem Joch der Mongolen. Später gab es weder Aufklärung noch Demokratie; es kamen nie zu einer Gewaltenteilung und ein Machtwechsel war in allen Systemen ein Problem. Die Kommunistische Partei Chinas wiederum hat in den letzten Jahrzehnten verstärkt auf die Lehren von Konfuzius verwiesen, darauf, Autorität zu achten und für die Gemeinschaft tätig zu sein.

So sehr die Herausbildung eines Mittelstandes in Russland und China das kritische Bewusstsein der Menschen fördern kann, ist es wohl eine Illusion zu glauben, mit der Mitgliedschaft in der Welt-Handelsorganisation (WTO) würde ein Land seine ganze Geschichte über Bord werfen.

## **5 Darf Europa eigene Interessen haben?**

Wie soll sich Europa nun verhalten, wenn die USA dabei sind, die Welt alleine nach ihren Interessen neu einzurichten? Auch Huntington führt aus, dass das vom westlichen Christentum geprägte Europa und Amerika eine Wertegemeinschaft bilden. Allerdings kann man feststellen, dass selbst diese Grundwerte sehr unterschiedlich interpretiert werden: für die USA ist ein Krieg nach wie vor ein integraler Teil ihrer Außenpolitik; Kriege zwischen Mitgliedern der Europäischen Union hingegen sind denkunmöglich geworden. Für die Europäer wurde der Wohlfahrtsstaat der Rah-

men für ihr politisches Handeln; viele Amerikaner lehnen den Wohlfahrtsstaat als „dekadent“ und „sozialistisch“ ab.

Grundsätzlich war Außenpolitik jahrhundertlang Realpolitik, auf Macht und Interessen ausgerichtet. Der Zweck heiligte die Mittel. Das calvinistische Denken stellte aber schon sehr bald einen Einklang zwischen dem, was der liebe Gott wollte, und den eigenen Interessen fest. So kämpften die Engländer immer wieder „for the Liberty of Europe“; die Amerikaner für Demokratie und Freiheit in der Welt.

Heute wird China von den USA künstlich als „größte Gefahr“ heraufbeschworen, um Partner für seine Eindämmungspolitik zu finden. China wiederum sieht in der von den USA angeführten Wertediskussion den Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten einzumischen. Zweifellos ist China heute sehr bemüht, möglichst viele seiner Produkte in die ganze Welt zu exportieren. Die marxistisch-maoistische Doktrin der Kommunistischen Partei Chinas dient jedoch dem Machterhalt, nicht dem Export chinesischer Werte oder des chinesischen politischen Systems. China ist heute ein staatskapitalistisches Land, in dem der Markt vorherrscht und wo eine Partei ein Machtmonopol besitzt. China will gute Geschäfte machen, nicht ideologisch die Welt erobern. Es will als Wirtschaftsmacht mit den USA gleichziehen, nicht die Welt missionieren.

2020 hat China erstmals die USA als wichtigster Handelspartner der EU überholt. So betrug das Handelsvolumen der EU mit China 586 Milliarden EUR; das der USA 555 Milliarden EUR. Solange es den Menschen in China immer besser geht, wird es wohl kein größeres Aufbegehren der Bevölkerung geben. Irgendwann werden die Menschen wohl eine stärkere politische Mitsprache verlangen, aber diese Entwicklung kann durch Kooperation besser gefördert werden als durch ständige Konfrontation.

Die Europäische Union bezieht 26% ihres importierten Öls und 40% des importierten Gases aus Russland. Das ist keine einseitige Abhängigkeit, sondern die Grundlage für eine Zusammenarbeit, die auch den Kalten Krieg gut überstanden hat. Wenn die USA heute mit allen Mitteln darauf drängen, Nord Stream 2 zu verhindern um den Import von teurem amerikanischen Flüssiggas zu erhöhen, dann nicht, um die europäische Sicherheit zu fördern. Washington erhöht dadurch die Uneinigkeit innerhalb der EU und will einen Keil zwischen Russland und dem übrigen Europa treiben. Russland ist Mitglied des Europarates, hat die Konventionen der Organisation unterzeichnet und soll an den Richtlinien dieser Institution gemessen werden.

Die europäischen Staaten haben heute im Rahmen des Europarates und innerhalb der Europäischen Union zahlreiche und effiziente Gremien, die darauf achten, dass die politischen Entscheidungen der Mitglieder auf den Grundlagen der Werte von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit getroffen werden. Aufgrund ihrer unterschiedlichen Rechtslage könnten die USA nicht Mitglied des Europarates werden. Selbst intensive Wirtschaftsbeziehungen mit Russland oder China können die Funktionsweise der europäischen Institutionen nicht beeinflussen. Die Europäer sind daher gut beraten, auch ihre Außenpolitik selber zu gestalten.

## Verzeichnis der Mitwirkenden

- Benedikter, Roland: Co-Leiter des Center for Advanced Studies von Eurac Research, Bozen; Forschungsprofessor für Multidisziplinäre Politikanalyse in residence am Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław-Breslau und Mitglied des BMBF-Zukunftskreises Berlin
- Brauneder, Wilhelm: Rechts- und Verfassungshistoriker an den Universitäten Wien (o. Univ.-Prof.) und Budapest (Hon.-Prof.); 1996–99 3. Nationalratspräsident
- Breuss, Fritz: Jean-Monnet-Professor für wirtschaftliche Aspekte der Europäischen Integration
- Dialer, Doris: Policy Advisor im EU-Parlament; Wechsel ins Kabinett von R. Anschöber (chem. österr. BM für Gesundheit, Soziales, Pflege); Attachée für öffentliche Gesundheit/Verbraucherschutz an der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU; Dozentin an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl und am Centre International de Formation Européenne
- Dornauer, Georg: Landesparteivorsitzender und Klubobmann der SPÖ Tirol; Studium der Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck (Promotion 2009); seit 2016 Bürgermeister von Sellrain; 2016–2021 Vorsitzender im Verband sozialdemokratischer Gemeindevertreter in Tirol; 2018 Angelobung als Abgeordneter zum Tiroler Landtag
- Eppler, Annegret: Professorin für öffentliches Recht an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl; Jean Monnet Chair; Habilitation am Institut für Politikwissenschaft der Uni Innsbruck
- Ettmayer, Wendelin: ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat; österreichischer Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/Jamaika und beim Europarat; Autor
- Fischer, Klemens H.: Professor für Internationale Beziehungen an der Universität zu Köln; Gesandter und Abteilungsleiter an der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU; Vizepräsident des Austria Instituts für Europäische und Sicherheitspolitik, Wien; Mitglied am International Institut for Strategic Studies, London
- Giegerich, Thomas: Professor für Europarecht, Völkerrecht und Öffentliches Recht an der Universität des Saarlandes; Direktor des Europa-Institutes (Sektion Rechtswissenschaft); Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Integration, Antidiskriminierung, Menschenrechte und Vielfalt (2017–2021)
- Gornig, Gilbert H.: pensionierter Professor für Öffentliches Recht, Völkerrecht, Europarecht und Völkerrecht an der Universität Marburg; Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof a. D.

- Hafner, Gerhard: Univ.-Prof. i. R.; Honorarprofessor (Graz), Mitglied des Instituts de droit international; 1997–2001 Mitglied der ILC; Mitglied des permanent Court of Arbitration, Conciliator im Vergleichs- und Schiedsgerichtshof der OSZE
- Haider-Quercia, Ulrike: Univ.-Prof. für vergleichendes Verfassungsrecht an der Guglielmo-Marconi-Universität Rom
- Hanappi-Egger, Edeltraud: seit 2002 Universitätsprofessorin für “Gender and Diversity in Organizations” an der WU und an mehreren internationalen Universitäten Gastforscherin; seit 2015 Rektorin an der WU Wien
- Hilpold, Peter: Prof. für Völkerrecht, Europarecht und Vergleichendes Öffentliches Recht an der Universität Innsbruck; Herausgeber und Mitarbeiter mehrerer wissenschaftlicher Zeitschriften; Autor von über 300 Publikationen; abgeschlossene Studien der Rechtswissenschaften, der Betriebswirtschaftslehre, der Volkswirtschaftslehre und der Geisteswissenschaften
- Höll, Otmar: Politikwissenschaftler; ao. Univ.-Prof.; Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik k-eiip von 1996–2012; Lektor an mehreren Universitäten
- Kabbe, Georg: Studium der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften; Promotion in VWL; 1986–89 Marketingleiter einer Firma in Sofia, Werkdirektor in Bratsigovo; BWL-Habilitation in St. Zagora; 1995–2006 als Univ.-Doz.: Forschungen in Kiel, Hamburg und New York; ab 2002 Gast-Prof. in Innsbruck; Lehrtätigkeiten in Wien, Salzburg, Augsburg, Sofia, V. Târnovo und Kiel
- Kalb, Nadia: Gesandte; Referatsleiterin für Volksgruppenangelegenheiten und Minderheitenschutz in der Menschenrechtsabteilung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten
- Karas, Othmar: ist Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments. Es ist seine dritte Amtszeit (2012–2014, 2019–2022, seit 2022) als Vizepräsident. Außerdem ist Karas seit 1998 Präsident des *Hilfswerks Österreich* und Obmann des 2009 von ihm gegründeten *BürgerInnen Forum Europa*.
- Kindermann, Paul: wissenschaftlicher Mitarbeiter im internationalen Forschungsprojekt REGIOPARL (Regional Parliaments Lab)
- Knop, Katharina von: Gründerin und CEO der Digital Trust Analytics GmbH; Mitglied des Beirates der Max Planck Academy und Beirätin der German Scholar Organization; ehrenamtliche Leiterin der Expertengruppen Cyber und Digitalisierung der British Chamber of Commerce



- Kotrschal, Kurt M.: Biologe; 1990–2018 Leiter der Konrad-Lorenz-Forschungsstelle für Ethologie in Grünau/OÖ und Professor i. R. am Department für Verhaltensbiologie Universität Wien. Mitbegründer des Wolfsforschungszentrums ([www.wolfscience.at](http://www.wolfscience.at)) und Sprecher der AG Wildtiere am Forum Wissenschaft und Umwelt
- Lehar, Philipp: Historiker, Bibliothekar, Museumsmitarbeiter aus Wattens. Er unterrichtete an der Universität Innsbruck, der Pädagogischen Hochschule Tirol und seit 2019 für die University of New Orleans Innsbruck International Summer School
- Luif, Paul: früher Univ.-Ass. am Senatsinstitut für Politikwissenschaft, Universität Salzburg; langjähriger Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Internationale Politik; Lektor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien
- Mahrer, Harald: seit Mai 2018 Präsident der Österreichischen Wirtschaftskammer; seit September 2018 Präsident der Österreichischen Nationalbank; bis Dezember 2017 Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, vorher seit 1.9.2014 Staatssekretär im Ressort; 2011–15 Präsident der Julius-Raab-Stiftung
- Meyer, Sarah: Politikwissenschaftlerin, Leiterin des an der Donau-Universität Krems angesiedelten internationalen Forschungsprojekts REGIOPARL (Regional Parliaments Lab)
- Mitov, Georgi: seit 2018 o. Univ.-Prof. für Strafprozessrecht; Gastvorlesungen in Riga und Kiew; Mitglied des Rechtsrats und stellvertretender Chef der Begnadigungskommission beim Staatspräsidenten; Mitglied einer Expertengruppe beim Premierminister und Kommissionschef beim Generalprokurator in Sofia; Dekan der REWI-Fakultät der Uni in V. Târnovo
- Mittermaier, Karl: Philosoph; Buch- und Gastautor; Journalist
- Müller, Josef: nach Matura Studium der Politikwissenschaften mit Schwerpunkt internationale Beziehungen; beruflich als Betriebsprüfer im Finanzamt tätig
- Müller-Graff, Peter-Christian: Professor für Privatrecht, Wirtschaftsrecht und Europarecht an der Ruprechts-Karl-Universität Heidelberg; Präsident des Arbeitskreises Europäische Integration e. V., Darmstadt
- Neisser, Heinrich: Jurist; 24 Jahre Abgeordneter zum Österreichischen Nationalrat; seit 1989 Hon.-Prof. am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien; 1997–99 Gastprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck, 2000–09 Jean Monnet-Professor für Politik der europäischen Integration

- Nowotny, Ewald: Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik; Ordinarius für Geld- und Finanzpolitik i. R., WU Wien, 2009–19 Gouverneur der Österreichischen Nationalbank
- Pelinka, Anton: 1975–2006 o. Univ.-Prof. für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck, 2006–18 Professor of Nationalism Studies and Political Science, Central European University, Budapest
- Perathoner, Christoph: zu den Höchstgerichten zugelassener Rechtsanwalt (*avvocato cassazionista* in Italien) und niedergelassener europäischer Anwalt in München/Deutschland
- Perlot, Flooh: Politikwissenschaftler und arbeitet im Projekt *Austrian Democracy Lab* der Universität Graz
- Pöchacker, Tristan: Referent für juristische Angelegenheiten, Büro des Nationalratspräsidenten, 2019–21 Referent für Recht und Internationales, Österreichischer Gemeindebund, Doktorand am Institut für Österreichisches und Europäisches Öffentliches Recht an der WU Wien
- Raffener, Andreas: Historiker, Heimatkundler, Referent, Rezensent, Übersetzer, freiberuflicher Redakteur und Koordinator (online, Print) für Medien im deutschsprachigen Raum; Autor zu lokal- und zeithistorischen Fragen, Herausgeber von Sammelbänden historischer, politischer und juristischer Themen
- Rausch, Bettina: seit 2018 Präsidentin der Politischen Akademie der Volkspartei; 2013–18 Landtagsabgeordnete in Niederösterreich; 2008–13 Mitglied des Bundesrates; gemeinsam mit Andreas Khol, Stefan Karner, Wolfgang Sobotka und Günther Ofner Herausgeberin des *Jahrbuchs für Politik*; seit Jänner 2022 Abgeordnete zum Nationalrat
- Rautz, Günther: Studium der Rechtswissenschaften in Graz, Bari und Rom und der Philosophie in Innsbruck; seit 1997 wissenschaftlicher Mitarbeiter und seit 2018 Leiter des Instituts für Minderheitenrecht an der Eurac, Bozen
- Serloth, Barbara: Senior Parliamentary Advisor in der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion; langjährige externe Lektorin am Institut für Staatswissenschaften an der Universität Wien; Forschungsschwerpunkte: Demokratie, Antisemitismus, Nationalismus
- Skuhra, Anselm: ao. Prof. für Internationale Politik, Salzburg (i. R.); Studien: Philosophie, Geschichte: Univ. Wien, Politologie: IHS, Ann Arbor (MI); Univ. Innsbruck: Inst. f. Soziologie, Univ. Salzburg: Institut für Politikwissenschaft; Lehrstuhlvertretung Tübingen; diverse Gastdozenturen
- Sobotka, Wolfgang: Präsident des Nationalrates, Studium der Geschichte an der Universität Wien, Studium am Brucknerkonservatorium (Dirigieren), Studium an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien (Violoncello und Musikpädagogik)

- Steinmair, Walter: Hon.-Prof. an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck; Wirtschafts- und Steuerberater mit Bürogemeinschaft (Interconsult) in Bozen; Autor und Co-Autor von Fachbücher zum italienischen Steuer-, Finanz- und Wirtschaftsrecht
- Tichy, Helmut: Univ.-Prof.; Botschafter, Leiter der Sektion Völkerrechtsbüro mit Amtssitz im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
- Ucakar, Karl: Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Wien und der Politikwissenschaften am IHS Wien; ab 1985 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Wien
- Webhofer, Johannes: Politikwissenschaftler und Projektberater; Themenschwerpunkte: Politische Kommunikation und Partizipation, österreichische Politik und Europäische Union, Projekte u. a. powerofpolitics.com und meinparlament.at
- Weninger, Thomas: Politikwissenschaftler; postuniversitäre Ausbildung am IHS sowie Studium der Legal Studies an der Donau-Universität Krems; beim Institut, für Konfliktforschung und beim KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung tätig; seit 1994 beim Magistrat der Stadt Wien tätig; seit 2006 Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes
- Wohnout, Helmut: Priv.-Doz. für Österreichische Geschichte an der Universität Graz, 1992–2000 in der Parlamentsdirektion und dann im Bundeskanzleramt tätig, wo er Abteilungsleiter im Bundespressedienst war. 1993–2019 Geschäftsführer des Karl-von-Vogelsang-Instituts; seit 2019 Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs
- Zögernitz, Werner: Präsident des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen; langjähriger Parlamentsklubdirektor und Autor der „Standard“-Kommentare zu den Geschäftsordnungen des Nationalrates und des Bundesrates
- Zotti, Stefan: 2010–13 Mitglied des Kabinetts von EU-Regionalkommissar Johannes Hahn; 2016–18 Geschäftsführer der OeAD-GmbH; seit 2020 Team Leader in der Europäischen Kommission, GD Bildung und Kultur und FH-Lektor für Europäische (Regional-)Politik